

Zeitschrift: Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...

Herausgeber: Staatskanzlei des Kantons Bern

Band: - (2003)

Heft: [1]: Verwaltungsbericht : Berichtsteil

Artikel: Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor: Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-418483>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 17.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
 Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
 Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle des Grossen Rates und des Regierungsrates und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die 5 Sessionen des Grossen Rates und die 44 Sitzungen des Regierungsrates organisiert (wovon 11 Doppelsitzungen). Dabei wurden insgesamt 3672 (Vorjahr: 4408) Regierungsratsbeschlüsse bearbeitet. Ausserdem wurden für den Regierungsrat 14 eintägige Klausursitzungen und eine zweitägige Klausursitzung organisiert.

Im Bereich des Grossen Rates unterstützte die Staatskanzlei das Parlament bei den Arbeiten zur Parlamentsrechtsrevision. Das Projekt NEF 2000 stellt für den Grossen Rat eine grosse Herausforderung dar. Mit einer Teilrevision des Parlamentsrechts wurden die nötigen Anpassungen vorgenommen. Gleichzeitig wurde die Steuerung der Ratstätigkeit verbessert. Schliesslich wurden auch die nötigen Anpassungen auf Grund der Verkleinerung des Grossen Rates auf 160 Mitglieder vorgenommen. Die Teilrevision des Grossratsgesetzes wurde am 17./18. November 2003 in 1. Lesung beraten. In der Schlussabstimmung wurde die Vorlage mit 93 gegen 0 Stimmen (bei 57 Enthaltungen) angenommen. Die 2. Lesung findet in der Februar-Session 2004 statt.

Im Projekt Regierungsreform prüfte der Regierungsrat verschiedene Modelle und fällte erste Zwischenentscheide. Die Staatskanzlei unterstützte den Regierungsrat bei diesen Arbeiten und erteilte der Universität Bern im Zusammenhang mit der Regierungsreform einen Auftrag für ein Rechtsgutachten. Eine erste Zwischenberichterstattung an den Grossen Rat wird im Jahr 2004 erfolgen.

Am 24. Oktober fanden die Nationalrats- und Ständeratswahlen statt. Bei den Nationalratswahlen wurden 21 Listen (1999: 20, 1995: 27, 1991: 27) mit 462 Kandidatinnen und Kandidaten (1999: 443, 1995: 583, 1991: 571) eingereicht. Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen erfolgten unter der Federführung des Amtes für Zentrale Dienste. Die Zusammenarbeit mit den Regierungsstatthalterämtern und den Gemeinden sowie mit der Bedag Informatik AG funktionierte sehr gut. Mit den Verbesserungen der Informatiklösung KAWASYS, die in Zusammenarbeit mit der Bedag Informatik AG entwickelt wurde, und weil die Mehrheit der Gemeinden für die Ausmittlungsarbeiten Informatiklösungen einsetzte, konnten die Wahlergebnisse drei Stunden früher als bei den Nationalratswahlen 1999 bekannt gegeben werden. Die Dienstleistungen im Internet wurden stark erweitert. Erstmals wurden auch die Wahlergebnisse auf den Stufen Gemeinden und Amtsbezirke publiziert. Im Projekt NEF 2000 wurden im Berichtsjahr FIS-Instrumente (Time usw.) eingeführt und interne Führungsmittel (Leistungsvereinbarungen, Controllingkonzept) erarbeitet.

Im Bereich der Jurapolitik lag das Schwergewicht in der Ausarbeitung des Gesetzesentwurfs über das Sonderstatut des Berner Juras und die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel durch den Rechtsdienst. Die entsprechende Vernehmlassung konnte im Herbst abgeschlossen werden.

Im Rahmen des 650-Jahr-Jubiläums des Beitritts des Kantons Bern zur Schweizerischen Eidgenossenschaft organisierte die Staatskanzlei den Staatsakt vom 5. März, an dem über 500 Gäste teilnahmen.

Am 9. Dezember 2002 hat der Grosse Rat im Rahmen von SAR ohne Gegenstimme davon Kenntnis genommen, dass das Staatsarchiv bei seinen Dienstleistungen im Bereich Lesesaal, Genealogie und Familienwappen eine Stelle abzubauen und jährlich rund 100'000 Franken einzusparen habe. Mit RRB vom 6. August 2003

hat der Regierungsrat diesen Willen bekräftigt. Im Laufe des Berichtsjahres wurde deshalb eine Anpassung der Rechtsgrundlagen (Verordnung über das Staatsarchiv des Kantons Bern, neues Benützungsglement) vorgenommen. Verordnung und Reglement treten am 1. Januar 2004 in Kraft. Sie bewirken, dass genealogische Forschungen im Staatsarchiv künftig nur noch in kleinerem Umfang durchgeführt werden können. Im Rahmen der Informationsgesetzgebung wird ein Grundangebot zur Verfügung gestellt. Interessierte Forscherinnen und Forscher können jedoch in jedem Fall zum Selbstkostenpreis Kopien der Kirchenbücher-Mikrofilme käuflich erwerben. Die Massnahmen sind bei den betroffenen Genealoginnen und Genealogen auf Widerstand gestossen. In mehreren Schreiben und Petitionen ans Staatsarchiv, an die Staatskanzlei oder direkt an die Regierung wurde eine Rücknahme des Entscheids gefordert. Kurz vor Jahresende wurden in dieser Sache bei der Staatskanzlei zwei Beschwerden eingereicht.

Die Neukonzeption der Kommunikation des Regierungsrates und der Verwaltung war im Berichtsjahr ein weiterer Schwerpunkt (vgl. dazu auch Berichterstattung des Amtes für Information, Ziffer 2.2.4.1). Das neue Kommunikationskonzept, das vom Regierungsrat Anfang Mai 2003 verabschiedet worden ist, bildet zusammen mit den Bestimmungen der Kantonsverfassung und der Informationsgesetzgebung die Basis für eine wirkungsvolle Kommunikationstätigkeit mit verhältnismässig bescheidenen Mitteln.

Im Bereich der Gleichstellung von Frauen und Männern lagen die Schwerpunkte bei der Bekämpfung häuslicher Gewalt, der Förderung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Chancengleichheit von Mädchen und Knaben bei der Berufswahl sowie der Gleichstellung bei der Arbeitgeberin Kantonsverwaltung. Die sehr hohe Resonanz der Bevölkerung auf Projekte wie den Tochtertag oder die Informationsbestrebungen zu häuslicher Gewalt und Kinderbetreuung bestärken die Schwerpunktsetzung.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 NEF 2000

Die Bereiche Finanzen, Personal und Controlling waren im Berichtsjahr mit der Einführung des FIS-Arbeitszeit- und Leistungserfassungsinstrument Time und von weiteren FIS-Instrumenten beschäftigt. Weiter erarbeiteten der Projektleiter NEF und die Controllerin mit den Amtsvorstehenden die für die Unterzeichnung durch den Staatsschreiber vorgesehenen Leistungsvereinbarungen und das Controllingkonzept für die Staatskanzlei. Die Basis dafür bildeten die durch den Regierungsrat genehmigten Produktgruppen und Produkte. In der Staatskanzlei konnten alle wesentlichen Punkte für den Versuchsbetrieb NEF im 2004 geklärt werden.

2.2.1.2 SAR-Massnahmen in der Staatskanzlei

Im Rahmen des SAR-Prozesses hat die Staatskanzlei die folgenden Massnahmen umzusetzen:

Amt	Einsparung in CHF	Massnahme
AZD (Logistik usw.)	44 000.–	Reduktion auf einen Schalterdienst Kanzlei/Drucksachenverkauf und dadurch Einsparung von 0,5 Stellen
AZD (Drucksachen)	50 000.– zusätzlich 23 000.–	Aufgabenüberprüfung in KDBZ. Ziel: Optimierung Prozessabläufe und dadurch Kosteneinsparung.
AI	269 000.–	Einsparungseffekt von 10% über ganze PG Kommunikation. Abbau von 1,5 geplanten Stellen. Langfristige Strategie im Bereich der Kommunikation ist vom Regierungsrat mit RRB 1259/03 (neues Kommunikationskonzept) festgelegt worden.
StAB	95 000.–	Im Bereich Lesesaal, Genealogie und Familienwappen eine Stelle abbauen.
FGS	33 900.–	Verzicht auf innerbetriebliche Gleichstellung (Projekt PARTE, Tochtertag usw.)
Gesamtsumme: CHF 514 900.–		

Die Einsparungen wurden bereits realisiert (AZD) oder im Vorschlag 2004, Aufgaben- und Finanzplan 2005–2007 (AI und FGS) eingestellt. Im Bereich Lesesaal, Genealogie und Familienwappen (StAB) ist noch eine Beschwerde gegen das Benützungsreglement hängig.

2.2.1.3 Wahlen und Abstimmungen

Der Bereich Wahlen und Abstimmungen zeigt von der Belastung her eine für die Staatskanzlei typische Wellenbewegung: Die Arbeiten in diesem Bereich werden schwergewichtig durch einen kleinen Personenkreis erledigt. In den Wahljahren, wie z. B. 2003, werden für die eigentliche Durchführung der «Wahl-Grossanlässe» Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatskanzlei, der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion, der Regierungsstatthalterämter und der Gemeinden eingesetzt. Nur dank dem zusätzlichen Personaleinsatz und der gesteigerten Anwendung von Informatikmitteln ist es möglich, diese kostengünstige Organisationsstruktur aufrecht zu erhalten.

Im Berichtsjahr fanden auch die Gesamterneuerungswahlen für die Regierungsstatthalterinnen und Regierungsstatthalter sowie für die Kreisgerichte statt. Die Federführung oblag dem Amt für Zentrale Dienste und der Justiz-, Gemeinde- und Kirchendirektion. Während bei den Gerichtsbehörden sämtliche Stellen im stillen Wahlverfahren besetzt werden konnten, fand für die Regierungsstatthalterwahl im Amtsbezirk Fraubrunnen ein öffentlicher Wahlgang statt.

Am 9. Februar und am 18. Mai fanden eidgenössische Abstimmungen statt. Die Ergebnisse zu den Wahlen und Abstimmungen gehen aus dem Anhang E hervor.

2.2.1.4 Politik und Planung

Als Daueraufgabe unterstützte die Abteilung Politik und Planung den Staatsschreiber bei der Planung sowie bei der Vor- und Nachbereitung der Regierungsrats- und Grossratsgeschäfte. Neben dem Tagesgeschäft lag das Schwergewicht der Arbeiten im Berichtsjahr in der Betreuung der Projekte «Parlamentsrechtsrevision» und «Regierungsreform». Beim Projekt «Parlamentsrechtsrevision» leitete der Vorsteher der Abteilung Politik und Planung eine Arbeits-

gruppe der Staatskanzlei, welche das Büro des Grossen Rates und die UK NEF bei den Arbeiten unterstützte. Beim Projekt «Regierungsreform» unterstützte er den Staatsschreiber bei der Projektleitung. Er vertrat die Staatskanzlei überdies in verschiedenen kantonalen Gremien (z. B. Koordinationskonferenz Raum/Verkehr/Wirtschaft, Kontaktgremium Kanton-Gemeinden) und Projektgruppen (z. B. Reform der dezentralen kantonalen Verwaltung) und führte das Sekretariat der Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre.

Auf Grund der starken Belastung durch Projektarbeiten mussten die Arbeiten im Bereich der politischen Gesamtplanung in diesem Jahr zurückgestellt werden. Die konzeptionellen Arbeiten für die Anpassung der Richtlinien der Regierungspolitik an das Steuerungsmodell NEF SOLL und die Vorbereitungsarbeiten für die Richtlinien der Regierungspolitik 2007–2010 konnten deshalb im Berichtsjahr nicht aufgenommen werden.

2.2.1.5 Ressourcen

2.2.1.5.1 Finanzen

Im Bereich der Finanzen war das Berichtsjahr zusätzlich zum üblichen Arbeitsablauf geprägt von intensiven Vorbereitungs- und Umsetzungsarbeiten im Hinblick auf die Einführung von NEF. Zusammen mit dem Controlling wurden die FIS-Instrumente erprobt und dabei wertvolle Erfahrungen gesammelt. Weiter ist die Staatskanzlei gestützt auf gesamtstaatliche Vorgaben daran, eine Anlagenbuchhaltung aufzubauen. Zudem wurden die Finanzdienste mit Schulungen auf die Durchführung des neuen Planungsprozesses Anfang 2004 vorbereitet.

2.2.1.5.2 Personal

In Zusammenarbeit mit dem Personalamt wurde ein Workshop «Optimierung der Stellenbeschreibungen in der kantonalen Verwaltung» für die PEKO-Mitglieder organisiert. Darin wurde über die Art der Stellenausschreibungen in der kantonalen Verwaltung informiert, Optimierungspotentiale besprochen und Grundlagen zur Überarbeitung des Leitfadens für Stellenanzeigen geschaffen.

Weiter wurde in Zusammenarbeit mit den Direktionssekretariaten und dem Sekretariat des Staatsschreibers die Ablauforganisation für «offizielle Delegation» diskutiert und optimiert.

Die Personalfuktuation in der Staatskanzlei war auch im 2003 wiederum gering.

Die Einführung der Reform der kaufmännischen Grundausbildung ist weitgehend umgesetzt worden. Mit der internen Umstrukturierung des Ausbildungswesens kann ein Ausbildungsplatz mehr angeboten werden. Seit August 2003 werden in der Staatskanzlei insgesamt sechs Lehrlinge ausgebildet. Zusätzlich werden Kurzpraktika und Schnuppertage angeboten. Die Staatskanzlei stellt damit eine vergleichsweise grosse Anzahl an Ausbildungsplätzen zur Verfügung.

2.2.1.5.3 Publikumsdienst

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der SAR-Massnahme «Ein Schalter für das Publikum» wurde eine 50%-Stelle nicht mehr besetzt. Weiter wurde die Lagerung der gesetzlichen Erlasse neu organisiert und die vorgesehene Arbeitsplatzverdichtung geplant. Damit sollen die Abläufe und der Einsatz der Mitarbeitenden optimiert werden.

2.2.1.5.4 Rathausverwaltung

Die Belegung der Räumlichkeiten im Rathaus hat 2003 insbesondere im Bereich Sitzungszimmer weiter zugenommen (+135 Belegungen).

Im März 2003 wurden im Rahmen des Jubiläums «650 Jahre Bern bei der Eidgenossenschaft» Führungen für Gruppen durchgeführt. Da diese Führungen sehr grossen Anklang fanden, werden seit Mai 2003 einmal monatlich öffentliche Führungen angeboten. Die Führungen für Gruppen haben seither stetig zugenommen. Um diese Führungen zu bewältigen, werden ab dem Jahr 2004 zusätzliche Führerinnen und Führer aus der Staatskanzlei hinzugezogen werden müssen.

Infolge einer Pensionierung wurde die Stelle des Hauswirts per 1. August 2003 neu besetzt. Dank dieser Neubesetzung kann den zunehmenden Anforderungen besser begegnet werden. Dennoch darf nicht vergessen werden, dass die steigende Arbeitsbelastung nur durch den Einsatz von Hilfspersonal (Servicepersonal, Garderobieren und Hauswartaushilfe) und durch ein Reinigungsinstitut bewältigt werden kann.

Die Infrastruktur im Rathaus ist teilweise veraltet. In den Bereichen sanitäre Anlagen, Küche, Sitzungszimmer und technische Anlagen drängen sich Massnahmen auf.

Mit einem «Konzept Infrastruktur Rathaus» ist zusammen mit dem Hochbauamt trotz knappen finanziellen Mitteln eine schrittweise Erneuerung der teilweise veralteten Infrastruktur im Rathaus geplant worden.

2.2.1.5.5 Informatik und Drucksachenzentrale

Informatik

Die Haupttätigkeit im Informatikbereich konzentrierte sich auf die Konsolidierung des Betriebs mit der Anwendung RENO (gesamtkantonale Lösung zur Verwaltung der dezentralen IT-Infrastrukturen), die von der Staatskanzlei als erste Organisationseinheit eingesetzt worden ist.

Ende 2003 konnte die neue elektronische Abstimmungsanlage für den Grossen Rat in Betrieb genommen werden. Der fast zehnjährige Rechner wurde durch einen schnelleren ersetzt und die Software wurde auf den neusten Stand gebracht. Die neue Abstimmungsanlage ermöglicht unter anderem ein schnelleres Wechseln von einer Abstimmung zur andern.

Drucksachenzentrale

Die Stabilisierung der neuen Strukturen war in diesem Jahr das Hauptziel der kantonalen Drucksachen- und Büromaterialzentrale. Das fast um die Hälfte verkleinerte Papierlager bleibt durch eine restriktive Disposition der Lagerartikel weiterhin funktionsfähig.

2.2.2 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)

2.2.2.1 Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung

Der SOS-F-Dienst (Rekrutierung von frankophonem Personal) beschränkt seine Tätigkeiten darauf, in periodischen Abständen zu kontrollieren, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung jeweils in den beiden Amtssprachen erfolgen. In den meisten Fällen werden die Bestimmungen in Bezug auf die Veröffentlichungen in beiden Sprachen eingehalten. Bei Missachtungen hat der SOS-F-Dienst die betreffenden Verwaltungsstellen an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnert.

2.2.2.2 Übersetzung

Der Zentrale Übersetzungsdienst hat sich auf seine ordentlichen Aufgaben konzentriert. Es ist darauf hinzuweisen, dass das Arbeitsvolumen immer grösseren Schwankungen unterworfen ist.

2.2.2.3 Terminologie

Der Zentrale Terminologiedienst (ZTD) hat den Datenbestand von LINGUA-PC laufend erweitert und aktualisiert, obwohl diese Arbeit durch die zahlreichen punktuellen Anfragen (SOS-Terminologie) und die zahlreichen Mitberichte, an denen er beteiligt ist, erschwert wird. Seit Anfang Jahr führt der ZTD Verhandlungen, um für die gesamte Kantonsverwaltung Lizenzen für Wörterbücher und andere Hilfsmittel auf CD-ROM zu erhalten. Ein erster Schritt ist getan: *Der Petit Robert* und der *Publicus* stehen den kantonalen Netzen online zur Verfügung; weitere Hilfsmittel sollten noch in diesem Jahr hinzukommen.

Die Leiterin des ZTD hat im April und November an den Sitzungen des *Rats für deutschsprachige Terminologie (RaDT)* und im November am jährlichen Treffen der *CompuTerm-Gruppe* teilgenommen. Im Rahmen des RaDT war sie ausserdem an der Redaktion des Profils für Terminologen beteiligt. Im April und Oktober hat sie an Sitzungen des *Koordinationsorgans für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich* teilgenommen.

2.2.2.4 Rechtsdienst

Der Entwurf des Sonderstatutgesetzes wurde im Sommer in die Vernehmlassung geschickt. Die Evaluation ist abgeschlossen. Nach dem Bericht über die Einführung des Ausländerstimmrechts, den der Grosse Rat im Juni zur Kenntnis genommen hat, konnten die notwendigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen vorbereitet werden; diese werden im Frühjahr 2004 in die Vernehmlassung geschickt. Das Modul 7 der Rechtsetzungsrichtlinien (NEF-Rechtsetzung) wurde im April veröffentlicht. Der im SAR-Bericht beschlossene Leistungsabbau des Staatsarchivs erforderte Vorbereitungsarbeiten, an denen der Rechtsdienst beteiligt war. Mit insgesamt zwei eingereichten Beschwerden liegt die Zahl der Beschwerden unter dem Durchschnitt der vergangenen Jahre. Das Anfang Jahr eingeleitete Projekt zur Erneuerung der EDV-Verwaltung der Bernischen Systematischen Gesetzessammlung (BSG) (Ersatz der Hard- und Software) sollte im Frühjahr 2004 abgeschlossen werden.

2.2.2.5 Politische Mitwirkung

Der Regionalrat musste sich mit der Nachfolge für den auf den 31. März (Ende der Probezeit) zurückgetretenen Sekretär, Herrn Jean Stöpfer, befassen. Der neue Sekretär, Herr Patrick Gsteiger, hat seine Arbeit am 1. August aufgenommen. Der Regionalrat hat im vergangenen Jahr zahlreiche Sitzungen abgehalten (9 Plenarsitzungen, 11 Sitzungen des Büros, 35 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen, 6 Medienkonferenzen).

2.2.2.6 Aussenbeziehungen

Die interkantonale Zusammenarbeit war gekennzeichnet durch die Vorbereitung der vier Sitzungen des Leitenden Ausschusses sowie der vier ordentlichen Plenarversammlungen und einer ausserordentlichen Plenarversammlung der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). In beiden Gremien vertritt Herr Regierungsrat Werner Luginbühl den Kanton Bern.

Im Vordergrund der Tätigkeiten der KdK standen auf nationaler Ebene die Koordination des Kantonsreferendums gegen das Steu-

epaket 2001, die Stellungnahme zur Legislaturplanung 2003–2007 des Bundes sowie die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA). Den Schwerpunkt auf internationaler Ebene bildeten die Anpassung des Personenfreizügigkeitsabkommens an die EU-Erweiterung und die Begleitung der Verhandlungen über die Bilateralen II. Mit dem Umzug der KdK nach Bern Anfang 2003 und der Umstrukturierung des Sekretariats konnte ihre Stellung gegenüber den Bundesbehörden gestärkt werden.

Die Westschweizer Regierungskonferenz (CGSO) hat mit regelmässigen Vorbereitungsitzungen die Koordination der Westschweizer Kantone innerhalb der KdK institutionalisiert. Diese Zusammenarbeit sowie ihre Lobbyingtätigkeit gegenüber den Bundesbehörden sollen im nächsten Jahr schwerpunktmässig weitergeführt und ausgebaut werden: Die CGSO hat ihre administrativen Verantwortlichen beauftragt, Vorschläge zur Verstärkung der Zusammenarbeit und des Lobbyings zu erarbeiten.

Schwerpunkt der Arbeit der Transjurassischen Konferenz (CTJ) war die Ausarbeitung des Aktionsprogramms 2004–2007, das in einem aufwändigen Prozess von verschiedenen Arbeitsgruppen vorbereitet wurde. Die Genehmigung des Programms ist auf den 16. Januar 2004 festgelegt. Zudem hat per 1. November 2003 die Übergabe der Präsidentschaft vom Kanton Bern, vertreten durch Herrn Regierungsrat Mario Annoni, an den Kanton Jura stattgefunden. Daneben wurden der Jugendaustausch im Rahmen von Sportveranstaltungen im Jurabogen, die Umsetzung des Programms INTERREG III A und das Lobbying für die TGV-Verbindung Bern-Pontarlier-Paris verstärkt. Eine Vertiefung fand auch das grenzüberschreitende Programm *Agritourisme*.

Die Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten wurde weitergeführt und verstärkt. So bereitete die Koordinationsstelle im Jahre 2003 je zwei Treffen der Ständerats- und der Nationalratsmitglieder mit dem Regierungsrat vor. Die Schwerpunkte lagen dabei auf den finanziellen Auswirkungen des Steuerpakets 2001 und des Entlastungsprogramms 2003 auf den Kanton sowie auf der Verabschiedung der NFA.

Die direkten Kontakte mit den Regierungsmitgliedern wurden von den Parlamentarierinnen und Parlamentarier sehr geschätzt und sollen in der nächsten Legislaturperiode fortgeführt werden. Sie tragen zu einer engeren Beziehung der Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier zu Kantonsregierung und -verwaltung und zu einem besseren Verständnis kantonaler Anliegen bei.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Bundespersonal war der Leiter der Koordinationsstelle mehrmals als Referent zur Frage der Auswirkungen der europäischen Integration auf die Kantone tätig. Damit sollen die mittleren Bundeskader für den Einbezug der Kantone bei aussenpolitischen Entscheidungen, insbesondere den Verhandlungen mit der EU, sensibilisiert werden.

Der Koordinationsstelle oblag weiter die Federführung der tripartiten Arbeitsgruppe Bund-Kanton-Stadt, die den Auftrag hatte, die Frage des Bundesstadt-Status zu klären und Lösungsvorschläge zuhanden der politischen Behörden zu erarbeiten. Mit dem Bericht vom 19. August 2003 hat sie die erste Phase ihrer Arbeit abgeschlossen. Als weiterer Schritt soll 2004 eine externe Fachstudie zu den positiven und negativen Folgen des Bundesstadt-Status erstellt werden.

Bei den Beziehungen zum Ausland stand die intensivierete Zusammenarbeit mit Bulgarien im Bereich der Entwicklung der Volksrechte im Vordergrund. Der Leiter der Koordinationsstelle unterstützte vor Ort, zusammen mit dem Leiter Wahlen und Abstimmungen der Staatskanzlei sowie mit städtischen Fachleuten, das Projekt *Referendum*. Zusammen mit der Organisation *Balkan Assist* wurde ebenfalls ein Besuch einer Delegation des Grossen Rates und des Regierungsrates bei der bulgarischen Nationalversammlung und in Gemeinden der Partnerregion organisiert und vom Leiter der Koordinationsstelle begleitet.

Im Frühling weilte eine Gruppe bulgarischer Expertinnen und Journalistinnen im Kanton Bern, um die Organisation und Durchführung der eidgenössischen Abstimmungen zu beobachten.

Im Rahmen des Austauschprogramms «CENTURIO», der Versammlung der Regionen Europas, absolvierten im Herbst zwei Bulgarinnen – aus einer Gemeinde und dem nationalen Gemeindeverband, zu denen bereits Kontakte bestanden – ein zweiwöchiges Praktikum bei der Koordinationsstelle. Sie erhielten einen Einblick in das hiesige politische System, insbesondere die Verteilung der Finanz- und Fiskalkompetenzen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden, sowie in die direkte Demokratie und die Volksrechte. Ausserdem hat die Koordinationsstelle die Studienreise einer Delegation sächsischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier zum Thema Gesundheit und Soziales im Kanton Bern organisiert und begleitet. Allgemein hat die Informationstätigkeit für wissenschaftliche oder politische Delegationen aus dem Ausland dieses Jahr weiter zugenommen. So konnten Delegationen aus Russland, Georgien, Japan, Thailand, den Philippinen, Nepal und Tschechien begrüsst werden.

2.2.3 Staatsarchiv (StAB)

2.2.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Die Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag von Berns ewigem Bund mit den drei Waldstätten nahmen die Mitarbeitenden des Staatsarchivs in hohem Masse in Anspruch. Den Höhepunkt der Tätigkeit stellte zweifellos die Mitwirkung an der Sonderausstellung *Von Krieg und Frieden – Bern und die Eidgenossen* im Bernischen Historischen Museum dar, wo das Staatsarchiv seine kostbarsten Schätze einem grösseren Publikum präsentieren durfte. Die Ausstellung samt Begleitveranstaltungen wurden von rund 70000 Besucherinnen und Besuchern besichtigt. Als Begleitpublikation zur Ausstellung erschien unter dem Titel *Krieg und Frieden* eine Sondernummer der Schriftenreihe des Museums, an der sich Mitarbeitende des Staatsarchivs mit zahlreichen Beiträgen beteiligten. Erfreulicherweise lag rechtzeitig auch eine französische Übersetzung dieser Schrift vor. Die hohen Besucherzahlen der Ausstellung und die Verkaufszahlen der erwähnten Publikationen entschädigten die Mitarbeitenden des Staatsarchivs für die zusätzliche Belastung.

Mehrere Mitarbeitende beteiligten sich an der wissenschaftlichen Publikation *Berns mutige Zeit – Das 13. und 14. Jahrhundert neu entdeckt*. Die als Festgabe für die 650-Jahr-Feier verwendete Schrift erhielt sowohl vom breiten Publikum wie auch in Fachkreisen gute Kritiken.

Im Rahmen der 650-Jahr-Feier wurden von Persönlichkeiten und Schulklassen Rathausführungen für Gruppen durchgeführt. Das Staatsarchiv erarbeitete die Grundlagen für die Musterführungen. Daneben fanden im Staatsarchiv im üblichen Rahmen Kurse und Führungen statt. Hervorzuheben ist der im Frühjahr in Zusammenarbeit mit dem Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht durchgeführte Kurs im Lesen alter Schriften für Mitarbeitende der Grundbuchämter. Im November und Dezember wurden in mehreren Gruppen die rund hundert KV-Auszubildenden der kantonalen Verwaltung durchs Archiv geführt. Gesamthaft wurden im Berichtsjahr im Rahmen von 36 teilweise mehrfach und mehrsprachig geführten Anlässen rund 700 Personen im Staatsarchiv empfangen.

2.2.3.2 Erschliessung und Benutzung

Wie im Vorjahr lag der Umfang der Aktenablieferungen auch 2003 weit über dem langjährigen Durchschnitt. Der Zuwachs betrug 705 Laufmeter (Vorjahr 606). Von kantonalen Stellen wurden dem Staatsarchiv 615 Laufmeter (Vorjahr 496) übergeben. Unter den Neuzugängen sind speziell die umfangreichen Aktenbestände des Amtes für Gemeinden und Raumordnung zu erwähnen, welche infolge der Zentralisation dieser Verwaltungsstelle ins Staatsarchiv gelangten.

Die Erschliessung des Archivguts beansprucht einen wesentlichen

Teil der vorhandenen Arbeitskapazität. Mittelfristig können die NEF-Vorgaben nur durch den Einsatz neuer elektronischer Hilfsmittel eingehalten werden.

Der im letzten Jahr gemeldete Besucherrekord wurde im Berichtsjahr zwar nicht übertroffen, aber annähernd erreicht. Im Lesesaal wurden 6383 Besuche (2002: 6462) registriert. Am diesjährigen Spitzentag (14.10.2003) beanspruchten 60 Personen einen der 42 Arbeitsplätze in den beiden Lesesälen. Durch die Umsetzung der SAR-Massnahme im Bereich Familienforschung ist im kommenden Jahr mit sinkenden Besucherzahlen zu rechnen.

2.2.3.3 *Bewahrung von Kulturgütern*

Erneut wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz Kurse im Rahmen der Ausbildung von Kulturgüterschutz-Spezialisten durchgeführt. Wie immer fanden die Dienstleistungen des Staatsarchivs im Bereich der Restaurierung und Konservierung besonderes Interesse. Wie die Schulung dieser Spezialisten im Rahmen der regionalen Zivilschutzorganisationen in Zukunft aussehen wird, steht noch nicht fest. Das Staatsarchiv ist bereit, seine Erfahrungen und Fachkenntnisse weiterhin zur Verfügung zu stellen. Im Januar 2003 wurden dem Staatsarchiv 52 Filmrollen mit Werbefilmen von Bern Tourismus und seinen Vorgängerorganisationen geschenkt. Leider waren die älteren Filme durch den fortschreitenden Alterungsprozess und den häufigen Gebrauch erheblich beschädigt. Auf Anfrage hin hat sich die BLS-Stiftung spontan bereit erklärt, ein vom Staatsarchiv ausgearbeitetes Konservierungsprojekt mit 10 000 Franken zu unterstützen. Die dringenden Konservierungsarbeiten konnten noch vor Jahresende in Angriff genommen und teilweise abgeschlossen werden.

Das auf längere Sicht angelegte Projekt zur Erhaltung von Karten und Plänen wurde im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten weitergeführt. Wie die meisten langfristigen Projekte musste jedoch auch die Kartenkonservierung im Berichtsjahr zu Gunsten der Aktivitäten im Rahmen der 650-Jahr-Feiern zurückstehen.

2.2.4 **Amt für Information (AI)**

2.2.4.1 *Allgemeines*

Strategischer Schwerpunkt des Jahres 2003 war die Konkretisierung der Empfehlungen des Wirtschaftsrates vom Herbst 2001 in einem Kommunikationskonzept für den Kanton Bern. Das Gesamtkonzept «Kanton Bern – Strategische und operative Kommunikation», das mit externer Unterstützung Ende 2002 im Entwurf vorlag, wurde im ersten Halbjahr 2003 nochmals überarbeitet, verfeinert und den finanziellen Möglichkeiten des Kantons angepasst. Das Konzept, das Anfang Mai vom Regierungsrat genehmigt wurde (RRB 1259/03), legt die künftige Kommunikationsstrategie des Regierungsrates fest, und setzt die Eckpunkte für die Kommunikationstätigkeit der Kantonsverwaltung. Das Amt für Information hat im Frühsommer mit der Umsetzung und der schrittweisen Realisierung begonnen. Dabei wurde mit erster Priorität die Fokussierung der Medienarbeit auf das Wichtige eingeleitet und Anfang November operativ umgesetzt (vgl. Ziffer. 2.2.4.2.1). Weiter wurde die Realisierung neuer Kommunikationsinstrumente für das Jahr 2004 vorbereitet und das Amt auf Anfang 2004 neu organisiert. Es wird sich weisen, ob die bisherigen und die zusätzlichen neuen Aufgaben in der angestrebten Qualität mit dem gleichen Personalbestand zu bewältigen sein werden.

Die operative Medienarbeit bildete auch im Jahr 2003 das Rückgrat der externen Kommunikation. Weitere Schwerpunkte waren die Organisation und der Betrieb des Medienzentrums für die eidgenössischen Wahlen vom 19. Oktober, sowie die inhaltlichen und gestalterischen Arbeiten im Bereich Internet, der an Bedeutung weiter zugenommen hat (vgl. Ziffer. 2.2.4.2.2).

Weiter brachte das Amt für Information seine Kenntnisse und sein Fachwissen in die Organisation und die Arbeitsgruppen für die Aktivitäten des 650-Jahr-Jubiläums des Beitritts des Kantons Bern zur Schweizerischen Eidgenossenschaft ein.

Die Umsetzung des Konzepts für die interne Kommunikation und das Pilotprojekt NEF-AI (sechstes Versuchsjahr) waren auch von Bedeutung.

2.2.4.2 *Externe Kommunikation*

Mit den Beschlüssen des Regierungsrates zur Umsetzung des neuen Kommunikationskonzepts konnten die bisher befristeten und projektbezogenen Anstellungen im Bereich Internet (WebFactory) und Redaktion in feste Anstellungen überführt werden. Damit wurden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass die Umsetzung des neuen Konzepts mit erfahrenen und motivierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erfolgen kann.

2.2.4.2.1 *Medien*

Erneut konnten im Jahr 2003 für die wichtige Beratung der Behörden und der Kantonsverwaltung in Medienfragen verhältnismässig viele Ressourcen investiert werden. Daneben erforderte die ordentliche Medienarbeit (Redaktion von Medientexten, Organisation von Medienanlässen) von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Flexibilität und hohe Verfügbarkeit. Die Inkraftsetzung der neuen «Richtlinien für die Medienarbeit» im Herbst 2003, die integrierender Bestandteil des RRB 1259/03 «Strategische und operative Kommunikation sowie Optimierung der Medienarbeit» sind, war ein Meilenstein des vergangenen Jahres. Mit der Einführung eines neuen Produkts der Medienarbeit mit dem Arbeitstitel «Nachrichten aus der Verwaltung» konnte den Medien ein neues Angebot gemacht werden. Das neue Medienprodukt beinhaltet je nach Angebot mehrere Kurznachrichten von mittlerer Bedeutung, die in einem Communiqué wöchentlich zusammengefasst und am frühen Montagmorgen publiziert werden. Das neue Instrument wird seit Anfang November eingesetzt und dürfte seine Wirkung wohl im Jahr 2004 entfalten. Weil die Medienarbeit auf mehrere Personen verteilt ist und die Informationsverbreitung über Internet erneut an Bedeutung gewonnen hat, hat das AI wiederum einen grossen Teil seiner Ressourcen für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der 70 Medienkonferenzen sowie für die Redaktion und die Übersetzung der 466 Medienmitteilungen (mit total 649 Textseiten) eingesetzt. Der grösste Teil dieser Communiqués wurde den Abonnenten (95 deutscher, 82 französischer Sprache) per Fax und electronic-Mail versandt. Der Postversand ist zur absoluten Ausnahme geworden. Der grösste Teil der Originaldokumente und der Dokumentationen für die Medienkonferenzen wurde den Redaktionen im Internet zur Verfügung gestellt.

2.2.4.2.2 *Öffentlichkeitsarbeit*

Die Bedeutung des Internets als rasche und wichtige Informationsquelle nahm weiter zu. Das Informationsangebot des Kantons konnte erneut erweitert werden. Geprägt war das Jahr von der Einführung des Content Management Systems (CMS) und den damit verbundenen, umfangreichen Vorbereitungsarbeiten für die Migration verschiedener kantonaler Webauftritte in dieses System. Zusammen mit den in diesem Jahr vom Regierungsrat verabschiedeten WWW-Weisungen verfügt der Bereich Öffentlichkeitsarbeit nun über wichtige Instrumente für einen einheitlicheren Auftritt der kantonalen Verwaltung im World Wide Web. Ein weiterer Meilenstein ist die Verknüpfung der kantonalen Web-Angebote mit dem Guichet virtuel, www.ch.ch, des Bundes. Diese Verlinkung erfordert auch eine rigorose und arbeitsintensive Qualitätskontrolle beim Internet-

portal des Kantons (Stichwort: Themenliste) und bei den Webaustritten der Direktionen. Einen auch vom Ressourceneinsatz her gesehenen markanten Schwerpunkt bildeten die National- und Ständeratswahlen vom 19. Oktober. Die Website verzeichnete im kurzen Zeitraum um das Wahlwochenende rund 24 000 Zugriffe. Hinzu kam im Berichtsjahr die Überarbeitung verschiedener Internetangebote wie beispielsweise der bernischen Gesetzessammlung BELEX.

Im Bereich Drucksachen wurde die erstmalige Publikation eines Image-Faltprospektes über den Kanton in drei Sprachen vorbereitet, der im Januar 2004 erscheinen wird. Dazu wurden verschiedene Publikationen aktualisiert und neu aufgelegt. Darunter die Broschüre «Der Regierungsrat» sowie die Faltprospekte «Der Kanton Bern auf einen Blick» und «Das Rathaus» (eine Kurzreferenz über das Regierungsgebäude in vier Sprachen).

Von strategischer Bedeutung ist die Überprüfung des grafischen Erscheinungsbildes des Kantons (Corporate Design CD), mit der die Staatskanzlei vom Regierungsrat beauftragt wurde (RRB 1259/03). Sie erforderte als erstes eine Bestandesaufnahme der gedruckten Publikationen der Kantonsverwaltung. Daran schloss sich die Evaluation neuer, gestraffter Prozesse an, mit dem Ziel, kostengünstiger produzieren zu können und Hilfsmittel für die Herstellung von Drucksachen zu erstellen.

Ein weiterer Schwerpunkt war die fachliche Unterstützung für die erfolgreiche Neuauflage der Rathausführungen. Dabei standen Marketingmassnahmen sowie die Beratung für die Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Die allgemeine Beratungstätigkeit in Kommunikationsfragen und die Gestaltung von Kommunikationsmitteln konnte erfolgreich ausgebaut und die direktionsübergreifende Zusammenarbeit lanciert werden. Dazu gehört unter anderem die Beratung der Umsetzungskommission NEF bei der Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes für die elektronische Informationsvermittlung.

2.2.4.3 Interne Kommunikation

Mit der Herausgabe der Basisinformation für neue Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Broschüre mit Beilagen zu den Anstellungsbedingungen und Informationen über die jeweilige Direktion) hat das Amt für Information zusammen mit dem Personalamt die im Jahr 2001 begonnene Neuausrichtung der internen Kommunikation weitergeführt. Als letzte bedeutende Massnahme wurde der Aufbau eines Intranetportals der Kantonsverwaltung in Angriff genommen. Realisiert werden soll in einem ersten Schritt eine einfache Version, in der im Wesentlichen die bestehenden Angebote zugänglich gemacht werden.

Neben den 6 Ausgaben der Personalzeitschrift «BE-info» wurden 9 Ausgaben der aktuellen Personalinformation «BE-info: FLASH» produziert. Damit wurde die im Vorjahr begonnene Intensivierung der aktuellen Information des Personals fortgesetzt. Das Newsletter «info.ai.» erschien 2003 in 2 Ausgaben. Schwerpunkt war hier die Information über die neue Kommunikationsstrategie des Regierungsrats. Der in Zusammenarbeit mit dem Personalamt durchgeführte Pilot-Workshop «Interne Information und Kommunikation als Führungsaufgabe» stiess bei den Teilnehmenden auf ein gutes Echo und wurde in das zentrale Kursangebot des Personalamts aufgenommen.

Die wöchentliche Presseschau «BE-reflexe» ist in 46 Ausgaben erschienen. Sie ging an 410 Abonnentinnen und Abonnenten. Im Nachgang zu den Medienkonferenzen des Kantons wurden zudem 69 Spezial-Presseschauen hergestellt. In Angriff genommen wurde eine Neukonzeption der Medienauswertung. Sie soll aktueller und stärker an den Bedürfnissen der Kundschaft orientiert werden. Geprüft wird dabei auch die Umstellung auf eine Internetdatenbank.

2.2.5 Ratssekretariat (RS)

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariates befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)

2.2.6.1 Allgemeines

Das Alltagsgeschäft der Fachstelle ist durch die Erteilung von Auskünften sowie die Bereitstellung von Informationen an ein breites Zielpublikum gekennzeichnet. Die diesjährigen Informationsanstrengungen für die Bevölkerung zu häuslicher Gewalt und zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie stiessen auf grosse Resonanz. Im Berichtsjahr brachte die Fachstelle Gleichstellungswissen in verschiedene verwaltungsinterne Projekte ein, vorwiegend aus den Bereichen Berufswahl/Berufsbildung und Personalpolitik. Bei der Beurteilung von Gesetzesvorlagen aus Gleichstellungssicht lag der Akzent bei der Personalgesetzgebung, der Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sowie bei Vorlagen, die unter dem Gesichtspunkt häuslicher Gewalt von besonderer Relevanz sind.

2.2.6.2 Besondere Tätigkeiten

Das Engagement im *Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt* wurde fortgeführt und mit der Kampagne «Stopp Häusliche Gewalt» der Schweizerischen Koordinationsstelle gegen Verbrechensprävention vernetzt. Den gesamtschweizerischen Bestrebungen entsprechend wurde auch in der Kantonspolizei Bern die Einsatzdoktrin «Ermitteln statt Vermitteln» verankert und 1400 Kantonspolizistinnen und -polizisten zu häuslicher Gewalt geschult. Die durch das Interventionsprojekt initiierte Verankerung der polizeilichen Wegweisung/Fernhaltung und des polizeilichen Gewahrhams bei häuslicher Gewalt im Polizeigesetz führte zur Eröffnung eines Vernehmlassungsverfahrens durch den Regierungsrat. An verschiedenen Veranstaltungen und Weiterbildungen informierte das Interventionsprojekt über die staatlichen Handlungsmöglichkeiten bei häuslicher Gewalt. Die Informationsbestrebungen wurden durch die Herausgabe eines Flyers in zwölf Sprachen mit einer Übersicht über die bestehenden Hilfsangebote im Kanton Bern unterstrichen (Notfallkarte gegen häusliche Gewalt). Es wurden rund 66 000 Exemplare ausgeliefert. Im Herbst wurde das Interventionsprojekt von der Staatskanzlei in die Polizei- und Militärdirektion überführt und mit den nötigen Projektleitungsressourcen ausgestattet.

Am 13. November fand der dritte nationale *Tochtertag* des Lehrstellenprojektes 16+, eines gemeinsamen Projektes aller staatlichen Gleichstellungsstellen in der Schweiz, statt. Ziel des Tochtertages ist es, Mädchen für die Berufswelt zu motivieren. Allein im Kanton Bern haben in rund 1500 Betrieben Mädchen am Tochtertag teilgenommen, darunter auch in der Kantonalen Verwaltung. Lehrkräfte wurden motiviert, am Tochtertag mit den Knaben das Thema Rollenbilder zu behandeln. Das Echo der bernischen Medien auf den Tochtertag war wiederum sehr gross.

Es wurde weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet, dass die erarbeiteten Materialien und Projekte zur geschlechterbewussten Berufswahlvorbereitung Eingang in die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung sowie in die Fortbildung der Lehrkräfte finden. In verschiedenen Regionen werden die Schulprojekte *Avanti und Tekna* sowie das Projekt *Teamwork Berufswahl* zur Organisation von Elternabenden erprobt und durchgeführt. Ziel all dieser Projekte ist es, bei Mädchen, Knaben und ihrem erwachsenen Umfeld Geschlechterstereotypen bei der Berufswahl abzubauen.

Im Kanton Bern existierte bislang keine Übersicht über die vielfältigen Möglichkeiten familienergänzender Kinderbetreuung und Angebote, die bei Fragen rund um die Vereinbarkeit von Beruf und Fa-

milie weiterhelfen. Mit der Herausgabe einer umfassenden Angebotsübersicht wurde diese Lücke geschlossen. Bisher wurden rund 5750 Exemplare dieser Broschüre angefordert und verschickt. Zur Thematik der Vereinbarkeit von Beruf und Familie wurde in Zusammenarbeit mit dem Projekt «Hallo Pa!» eine verwaltungsinterne Veranstaltung für Männer durchgeführt. Damit wurde auf das wachsende Bedürfnis von Vätern nach einer befriedigenden Verbindung von Vaterschaft, Partnerschaft und Berufsleben reagiert.

Die 1995 erlassenen Richtlinien zur Verbesserung und Vertretung der beruflichen Stellung der Frauen bilden die Grundlage für die Förderung der tatsächlichen Gleichstellung von Frau und Mann in der Kantonsverwaltung. Die Richtlinien beinhalten Grundsätze und Massnahmen zur Förderung von Chancengleichheit und Gleichstellung in der Verwaltung. Auf Grund der Beschlüsse zur Gleichstellungsfachstelle im Rahmen der Strategischen Aufgabenüberprüfung sowie auf Grund aktueller Entwicklungen in der Gleichstellungsarbeit erarbeitete die Fachstelle ein neues Konzept innerbetrieblicher Gleichstellung. Dieses zielt darauf, Führungskräfte und Personalverantwortliche stärker in die Gleichstellungsverantwortung einzubinden und ein Gleichstellungscontrolling nach den Grundsätzen von NEF aufzubauen. Das Gleichstellungskonzept soll dazu beitragen, dass die Verwaltung des Kantons Bern ihre Attraktivität neben der Stadtverwaltung Bern und der Bundesverwaltung aufrechterhalten kann.

2.2.6.3 Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen

Entsprechend ihren Arbeitsschwerpunkten hat sich die Fachkommission für Gleichstellungsfragen im Jahre 2003 in den Bereichen Bildung, Gewalt, Wirtschaft und Migration engagiert.

Die Arbeitsgruppe Bildung setzte sich dieses Jahr hauptsächlich mit dem sich veränderten rechtlichen Umfeld auseinander. So liess sie sich zum Gesetz über die Pädagogische Hochschule vernehmen und befasst sich aktuell mit den neu zu schaffenden Grundlagen für die Erwachsenenbildung. Die Arbeitsgruppe Gewalt führte in Umsetzung einer Forderung des dritten Gewaltberichts im März dieses Jahres eine äusserst erfolgreiche Tagung bzw. Weiterbildung für Sozialarbeitende durch. Die Arbeitsgruppe Wirtschaft sucht weiterhin den Transfer des Projekts «Arbeit (ver)teilen und gewinnen – PARTE» (Projekt der Kantonsverwaltung zur Förderung qualifizierter Teilzeitarbeit) in die Privatwirtschaft zu ermöglichen, konnte jedoch bisher keine KMU-Pilotbetriebe für eine Mitarbeit finden. Die Arbeitsgruppe Migration schliesslich legt ihr Augenmerk gegenwärtig auf die Situation der von häuslicher Gewalt betroffenen Migrantinnen und erarbeitet Empfehlungen zu dieser Thematik. Neu baut die Fachkommission eine engere Zusammenarbeit mit der jurassischen Gleichstellungskommission auf. Daraus resultierte im Herbst dieses Jahres die Tagung «L'égalité en pratique dans l'entreprise» in Tramelan.

2.3 Personal

2.3.1 Übersicht

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2003

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Amt für Zentrale Dienste ¹	22	14	21,20	10,40	31,60
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ²	8	10	7,20	6,70	13,90
Staatsarchiv	11	5	10,00	3,20	13,20
Ratssekretariat	1	7	1,00	4,20	5,20
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	–	3	–	2,25	2,25
Zwischentotal I	42	39	39,40	26,75	66,15

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl		in 100%-Stellen		Total
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	8	3	7,10	2,10	9,20
Zwischentotal II	12	6	11,10	5,10	16,20
Zwischentotal I	42	39	39,40	26,75	66,15
Total per 31. 12. 2003 (mit Regierungsrat)	54	45	50,50	31,85	82,35
Total per 31. 12. 2002 (ohne Regierungsrat)	50	42	46,50	28,85	75,35
Vergleich zum Vorjahr	52	41	47,22	28,05	75,27

¹ Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

² Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2003

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Amt für Zentrale Dienste ²	2927,93	2883,90	44,03
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ³	1674,84	1614,00	60,84
Staatsarchiv	1236,00	1142,96	93,04
Ratssekretariat	681,60	667,18	14,42
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,80	230,40	– 45,60
Zwischentotal	6705,17	6538,44	166,73
Amt für Information (NEF) STA RR RP Transit	1130,40	1149,60	– 19,20
Total Staatskanzlei per 31. 12. 2003	7835,57	7688,04	147,53

¹ Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.

² Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber

³ Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

⁴ Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 Personelle Änderungen auf Führungsebene

Keine.

2.3.3 Aus- und Weiterbildung

Im internen Ausbildungszyklus der Staatskanzlei wurden folgende Ausbildungsmodulare durchgeführt: «Die bernische Verfassung und Aufgaben der Staatskanzlei», «Grosser Rat/Regierungsrat», «Der Kanton Bern: ein zweisprachiger Kanton» und «Ratssekretariat». Gemeinsam mit dem Personalamt hat das Amt für Information im Medienbereich drei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen für Kader der Kantonsverwaltung organisiert: ein Fernsehtraining, ein Radiotraining, einen Kurs für den Umgang mit recherchierenden Medienschaffenden und gemeinsam mit dem Kanton Jura einen mehrtägigen Medientrainingskurs. Weiter bestritt das Amt für Information im Rahmen eines mehrtägigen Kaderkurses ein Modul zum Thema Medien und erbrachte in einem Strategiekurs des Personalamtes für höhere Kader einen Input zum Thema Information in Change-Prozessen.

2.3.4 Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen

Die Staatskanzlei setzt die kantonalen Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und beruflichen Stellung der Frauen mittels eines Massnahmenkatalogs um. Dieser wurde in die neu erarbeiteten Leistungsvereinbarungen und in das Controllingkonzept der Staatskanzlei integriert.

2.4 Rechtsetzungsprogramm

Stand per 31. Dezember 2003

Titel des Erlasses	Bearbeitungsstand	Voraussichtliche Beratung im GR
Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
- Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras und die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel (Sonderstatutengesetz, SStG)	2	Juni 2004
- Gesetz über die politischen Rechte (GPR)	-	April 2005
- Gesetz über den Grossen Rat (Grossratsgesetz; GRG)	4	Februar 2004
- Publikationsgesetz (PuG)	-	Noch nicht festgelegt
0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen	5 = vom Grossen Rat verabschiedet	
1 = in Ausarbeitung	6 = Referendumsfrist läuft	
2 = in Vernehmlassung	7 = vor der Volksabstimmung	
3 = vom Regierungsrat verabschiedet	8 = zurückgewiesen	
4 = von der Kommission behandelt		

2.5 Informatik-Projekte (Übersicht)

Stand per 31. Dezember 2003

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition ¹ TFr.	Produktionskosten ² bei Vollbetrieb TFr.	Produktionskosten ² im Berichtsjahr TFr.	Realisierungszeitraum
Projekt Belex II (Erneuerung Hardware und Software)	130	-	-	Frühjahr 2004
Belex auf Internet (Verbesserung der Darstellung)		20	20	Realisiert
GROWA	17	nicht bekannt	-	2003-2005

¹ Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan
² Folgendes Konto wird berücksichtigt:
a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)
b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.6 Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.7 Andere wichtige Projekte (Übersicht)

Für die Staatskanzlei wurde in enger Zusammenarbeit mit den Mitarbeitenden ein Leitbild erarbeitet.

2.8 Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)

2.8.1 Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate

Grosser Rat

Postulat 227/1996 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996: Verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4.11.1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16.11.98).

Motion 251/1996 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996: Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28.4.1997; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Postulat 113/1997 Voiblet, Reconvilier, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1 zurückgezogen und Punkt 2 angenommen am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 130/1997 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997: Mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1 angenommen und Punkt 2 abgelehnt am 19.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 223/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 224/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Privilegierung von Kommissionsvorstössen (als Postulat angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 231/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Verbesserte Dokumentation (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 232/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Register der Interessenbindungen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 227/1998 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden, vom 19. November 1998: Nutzloser alter Zopf – Abschaffung oder Neukonzipierung der Fragestunde? (als Postulat angenommen am 21.6.1999).

Motion 200/1999 Neuenschwander, Rüfenacht, vom 9. September 1999: Stärkung der Stellung des Grossen Rates im Bereich der äusseren Angelegenheiten (angenommen am 30.1.2000; Fristerstreckung bis 2003 gewährt am 18.11.02).

Motion 103/2002 PS (Rickenbacher), vom 5. Mai 2002: Gerechtere Handhabung der Wählbarkeit kantonaler Angestellten (als Postulat angenommen am 16.10.2002).

Diese Gegenstände werden im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung, die der Grosse Rat im November in erster Lesung beraten hat, behandelt.

Medien

Postulat 232/1998 Wyss, Bern, vom 21. November 1998: Der Grosse Rat in den Augen der Schulklassen (angenommen am 26.4.1999).

Die Anliegen des Postulats sind in die Aktivitäten der Arbeitsgruppe «Offenes Rathaus» eingeflossen. Ein von ihr erstelltes Konzept wird seit 2002 schrittweise umgesetzt. So sind im Rahmen des Jubiläums Bern2003.ch zahlreiche Schulklassen durch das Rathaus geführt worden.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 227/2000 Barth, Biel, vom 22. November 2000: Aktives Stimm- und Wahlrecht (als Postulat angenommen am 2.4.01). Der Grosse Rat hat in der Juni-Session einen entsprechenden Bericht des Regierungsrats zustimmend zur Kenntnis genommen.

2.8.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

2.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Grosser Rat

Motion 131/02 Zuber, Moutier, vom 15. August 2002: Unterstützung für die Regionale Stiftung für Statistik (Punkt 2 angenommen als Motion; Punkte 1 und 3 angenommen als Postulat am 9. 4. 2003).

Der Vollzug dieses Vorstosses läuft (Aufnahme einer Rechtsgrundlage in der Gesetzesvorlage über das Sonderstatut; Schritte im allgemeinen Rahmen der gemeinsamen Institutionen).

Motion 165/2002 Pulver, Bern, vom 2. September 2002: Anpassung der Taggelder bei Verkleinerung des Rates auf 160 Mitglieder (als Postulat angenommen am 7. 4. 2003).

Motion 166/2002 Pulver, Bern, vom 2. September 2002: Indexierung der Grossrats-Taggelder (als Postulat angenommen am 7. 4. 2003).

Motion 221/2002 PS, vom 20. November 2002: Grossratsentschädigung neu regeln (als Postulat angenommen am 7. 4. 2003).

Das Büro des Grossen Rates wird 2004 einen entsprechenden Bericht vorlegen.

Berner Jura, Zweisprachigkeit

Motion 134/2003 Eberhart, Erlenbach, vom 16. Juni 2003: Lösungsorientierte Workshops vor der Jurastatut-Beratung durch die entsprechende Kommission (angenommen am 11. 9. 2003).

Eine Informationsveranstaltung für die Mitglieder und Parteien des Grossen Rates wurde am 24. November durchgeführt. Die Organisation weiterer Veranstaltungen wird geprüft.

Motion 175/2002 Renggli, Biel, vom 3. September 2002: Französische Telefonauskunft für Romands (als Postulat angenommen am 11. 02. 2003).

Mögliche Lösungen werden geprüft.

Postulat 077/2003 Pauli, Nidau/Gerber, Biel/Renggli, Biel, vom 28. Februar 2003: Offizielle Sprache der Bürgerinnen und Bürger im Seeland (angenommen am 8. 9. 2003).

Die Notwendigkeit und allfällige Einzelheiten einer Lösung werden geprüft.

Regierungsrat

Motion 010/2003 FDP/SVP, vom 10. Februar 2003: Regierungsreform (angenommen am 7. 4. 2003).

Die Arbeiten sind im Gang; dem Grossen Rat wird im Juni 2004 ein Zwischenbericht vorgelegt (Kommissionsbestellung April 2004).

2.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Wahlen und Abstimmungen

Motion 091/2000 Bolli Jost, Bern, vom 3. April 2000: Abstimmen und Wählen per Internet (angenommen als Postulat am 4. 9. 2000; Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 18. November 2002).

Unter der Leitung von Frau Bundesvizekanzlerin Muralt Müller ist eine Arbeitsgruppe *E-Voting* daran, sich eingehend mit den Problemen der elektronischen Stimmabgabe auseinander zu setzen. Die kantonale Verwaltung arbeitet in dieser Arbeitsgruppe aktiv mit. Ge-

mäss Bericht des Bundesrats vom 9. 1. 02 über das elektronische Abstimmen werden die Pilotprojekte der Kantone Genf, Neuenburg und Zürich im Jahr 2004 ausgewertet. Anschliessend wird zu den Gesetzesänderungen ein Vernehmlassungsverfahren durchgeführt.

Gesetzgebung

Motion 123/2001 Streiff-Feller, Oberwangen, vom 7. Juni 2001: Für effizientere Verfahren, welche vermehrt die Legislative einbeziehen (Punkte 1–3 zurückgezogen; Punkte 4–6 abgelehnt; Punkte 7 und 8 als Postulat angenommen am 22. 11. 2001; der Grosse Rat wird im Februar 2004 über die mit RRB Nr. 3519 vom 10. 12. 2003 beantragte Fristverlängerung um zwei Jahre beschliessen).

Die Vollzugsarbeiten sind im Gang. In der Verwaltung wurden die Möglichkeiten zur Vereinfachung der Verfahren untersucht. Im Rahmen verschiedener Reformprojekte werden weitere Vorschläge zur Beschleunigung der Verfahren geprüft.

2.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Berner Jura, Zweisprachigkeit

Postulat 269/1992 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992: Zweisprachigkeit (angenommen am 23. 6. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 110/1993 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993: Für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2. 11. 1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6. 11. 1995).

Postulat 216/1993 Verdon, Neuenstadt, vom 16. September 1993: Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16. 3. 1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4. 11. 1996).

Motion 124/1994 Aellen, Tavannes, vom 5. September 1994: Rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17. 1. 1995).

Motion 172/1996 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996: Erhalt der dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7. 11. 1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16. 11. 1998).

Motion 206/2000 Lörtscher, Biel, vom 20. November 2000: Forum für die Zweisprachigkeit/Finanzielle Unterstützung (angenommen als Postulat am 29. Januar 2001).

Diese parlamentarischen Vorstösse werden im Rahmen der Gesetzesvorlage über das Sonderstatut des Berner Juras und die französischsprachige Minderheit des zweisprachigen Amtsbezirks Biel umgesetzt. Die Vorlage, die bis Ende September Gegenstand eines Vernehmlassungsverfahrens war, wird dem Grossen Rat im Jahr 2004 zur Beratung vorgelegt.

2.9 **Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung
(Übersicht)**

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriften- sammmlung	Zustande- kommen	Bemerkungen
Volksinitiative für tragbare Steuern	22.10. 2002	19. 2. 2003	

Bern, 6. Februar 2004

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 24. März 2004